



'Einfach wieder offen reden?'
Populistische Diskursmanöver und Anti-political-correctness rechter Parteien in Deutschland und Großbritannien

Article

Accepted Version

Schroeter, M. (2019) 'Einfach wieder offen reden?'
Populistische Diskursmanöver und Anti-political-correctness
rechter Parteien in Deutschland und Großbritannien. OBST
Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie, 95. pp. 43-61. ISSN
0936-0271 Available at <http://centaur.reading.ac.uk/83859/>

It is advisable to refer to the publisher's version if you intend to cite from the work. See [Guidance on citing](#).

Publisher: Universitaetsverlag Rhein Ruhr

All outputs in CentAUR are protected by Intellectual Property Rights law, including copyright law. Copyright and IPR is retained by the creators or other copyright holders. Terms and conditions for use of this material are defined in

the [End User Agreement](#).

www.reading.ac.uk/centaur

CentAUR

Central Archive at the University of Reading

Reading's research outputs online

„Einfach wieder offen reden“? Populistische Diskursmanöver und Anti-political-correctness rechter Parteien in Deutschland und Großbritannien

Abstract

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit dem Anti-political-correctness-Diskurs deutscher und britischer Parteien und mit der Frage, inwieweit es sich dabei um einen populistischen Diskurs handelt. (Rechts-)populistische Elemente des Anti-pc-Diskurses finden sich in der Behauptung, pc werde von Eliten perpetuiert und ‚das einfache Volk‘ dabei an der freien Rede gehindert und in der Konstruktion eines durch pc bedrohten ‚Heartlands‘ sowie in der Darstellung von pc als irrational und krankhaft. Durch den vergleichenden Blick auf die britische und die deutsche Rechte wird gleichzeitig empirisch verdeutlicht, dass Anti-pc als zentrales diskursstrategisches Manöver eine wichtige Rolle im Diskurs der politischen Rechten spielt. Bei der Analyse zeigt sich auch, dass Anti-pc sich kaum auf konkreten Sprachgebrauch bezieht, sondern auf den öffentlich-politischen Diskurs als solchen und auf Fragen politischer und kultureller Repräsentation.

1. Einführung

Bisherige linguistische Studien zum bundesdeutschen Diskurs über politische Korrektheit haben sich vorwiegend mit Lexik beschäftigt und mit der Debatte darüber, ob oder warum bestimmte Ausdrücke gesellschaftliche Gruppen diskriminieren oder stigmatisieren (z. B. Germann 2007, Hoffmann 1996, Kilian 2007, Mayer 2002) und ob oder inwieweit politische Korrektheit tatsächlich zu Wandel im Sprachgebrauch geführt hat (Elsner-Petri 2015).

Es wurde weiterhin vermerkt, dass der Diskurs über politische Korrektheit – auf die man sich auch im deutschen Diskurs mit dem englischen Ausdruck *political correctness* oder kurz pc bezieht – von vornherein vorwiegend so angelegt war, dass das Phänomen negativ bewertet wurde (Frank 1996, Erdl 2004) und auch, dass er sich gegen eine zumeist nicht näher bestimmte Linke richtet (Frank 1996, Schröter 2019b). Der öffentliche Diskurs über politische Korrektheit ist ein Anti-pc-Diskurs, trotz einzelner Versuche der Verteidigung oder Rehabilitierung (z. B. Diederichsen 1996, Wengeler 2002, Stefanowitsch 2018). Erdl (2004) konzeptionalisiert pc mit Jürgen Link als Kollektivsymbol, das es erlaubt, verschiedenartige Diskurse kurzzuschließen und zu bündeln. In der Folge wurde es in eine kaum zu überblickende Vielzahl von Zusammenhängen eingespeist, zum Beispiel Satire, Kulturfeuilletons, Literaturkritik, Debatten über Quotenregelungen, Multikulturalismus und Nazi-Vergangenheit.

Seit dem Aufkommen und Erstarken rechter und rechtspopulistischer Organisationen und Parteien in den letzten zehn Jahren wird jedoch immer offensichtlicher, welche zentrale Rolle Anti-pc im Diskurs der Rechten spielt (früh dazu bereits Dietzsch / Maegerle 1996). Dies zeigte sich nicht zuletzt in der Art und Weise, wie pc in geschichtspolitische Diskurse über die Nazi-Vergangenheit eingeschrieben wurde (Kapitzky 2000, Wierlemann 2002, Johnson / Suhr 2003, Hölscher 2008, Schröter 2019a). In diesem Beitrag soll die Rolle und Funktion von pc in Diskursen rechter Parteien untersucht werden. Der Anti-pc-Diskurs wurde so gründlich in deutsche diskursive Zusammenhänge eingespeist – inklusive Nazi-Vergangenheit und spezifisch auf das Deutsche bezogene Probleme geschlechtergerechten Sprachgebrauchs –, dass seine Genese als aus den USA importierter Mythos (Erdl 2004) den weiteren Verlauf der Debatte in Deutschland nur in beschränktem Maße zu erklären vermag. Allerdings wurde pc keineswegs nur im deutschen Kontext adaptiert, sondern es handelt sich um ein internationales Phänomen. Dies erklärt sich m. E. vor allem aus der Art, wie pc von der politischen Rechten gegen die politische Linke in Stellung gebracht wird.

Ich möchte daher den Anti-pc-Diskurs deutscher und britischer rechter Parteien vergleichen, um zu zeigen, in welchem Maße der Anti-pc-Diskurs für (neu-)rechte politische Projekte nicht nur in den USA und Deutschland konstitutiv ist. Dabei beschränke ich mich für diesen Beitrag auf Websites und Facebook-Seiten der Alternative für Deutschland (AfD) und der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) sowie der United Kingdom Independence Party (UKIP) und der British National Party (BNP). Es sind vor allem Gründe der Praktikabilität und Machbarkeit im Rahmen eines einzelnen Beitrages sowie Gründe der Vergleichbarkeit, die dieses Material geeignet erscheinen lassen.

Außerdem soll in Betracht gezogen werden, inwieweit mit dem Anti-pc-Diskurs auch populistische Strategien verfolgt werden. Als populistisch lassen sich folgende Aspekte des Anti-pc-Diskurses verstehen: Der Gestus des ‚Sagen, wie es ist‘ oder ‚die Dinge beim Namen nennen‘ etwa impliziert Volksnähe. Die Behauptung, es gebe eine schweigende Mehrheit, an der Eliten in Politik und Medien nur vorbei bzw. über sie hinwegreden, konstruiert einen Gegensatz zwischen Volk und Elite. Die angeblichen, von Eliten bewachten Tabus und verordneten Euphemismen werden als Verzerrung der alltäglichen Lebenserfahrungen der BürgerInnen dargestellt, was pc in einen Gegensatz zum ‚gesunden Menschenverstand‘ bringt.

Zuletzt will der vorliegende Beitrag auch deutlich machen, dass es bei dem Anti-pc-Diskurs der Rechten kaum um die Thematisierung von Wortwahl und konkretem Sprachgebrauch geht, sondern vielmehr um die Verfasstheit des öffentlich-politischen Diskurses, der mit der Anti-pc-Behauptung, dass dieser von links her verengt wurde, nun im Gegenzug erweitert werden soll. Es handelt sich also um einen strategischen Meta-Diskurs über den öffentlich-politischen Diskurs. Auf diese Diskursbezogenheit und auf die strategische Dimension nimmt der Ausdruck ‚Diskursmanöver‘ im Titel des Beitrages Bezug.

Das Material wurde am 26. November 2018 zusammengestellt, indem auf den Facebook-Seiten der vier Parteien die Suchfunktion für Beiträge genutzt wurde. Bei AfD und NPD wurde nach „political correctness“, „politische Korrektheit“ und „politisch korrekt“ gesucht. Bei BNP und UKIP wurde nach „political correctness“ und „politically correct“ gesucht. Die gleichen Suchanfragen wurden auf den Homepages der vier Parteien vorgenommen. Tabelle 1 bietet einen Überblick über das gesammelte Material.¹ Die Beiträge im Suchergebnis stammen zum größten Teil aus den Jahren 2017 und 2018; bei BNP und auf der AfD Homepage fast ausschließlich, während sie bei UKIP, NPD und AfD Facebook insgesamt zeitlich etwas breiter gestreut sind und teilweise bis 2013 zurückgehen.

	Facebook Beiträge	Homepage Beiträge	Gesamt
AfD	27	31	58
NPD	7	70	77
UKIP	20	20	40
BNP	18	57	75
Gesamt	72	178	250

Tab. 1: Suchergebnisse und Belege aus Facebook- und Homepage-Beiträgen

Wie Tabelle 1 verdeutlicht, findet sich der Bezug auf politische Korrektheit bei jeder der vier Parteien, in Deutschland wie auch in Großbritannien vermehrt bei den vor allem auf Fundamentalopposition ausgerichteten extrem rechten Parteien BNP und NPD und etwas weniger häufig bei den parlamentarisch mitwirkenden UKIP und AfD. Das durch die oben beschriebenen Suchanfragen gewonnene Material bildet sicher nicht die gesamte Spannweite des Anti-pc-Diskurses der Rechten

¹ Im folgenden Abschnitt werden Beiträge auf den Homepages der Parteien mit der Abkürzung ‚hp‘ und Datum zitiert; Beiträge auf den Facebook-Seiten der Parteien werden mit der Abkürzung ‚fb‘ und Datum zitiert.

oder auch nur der vier Parteien ab. Jedoch deutet die Zahl der Belege auf einen repräsentativen Ausschnitt hin, der es gemäß der Zielstellung dieses Beitrages erlaubt, zu zeigen, welche Rolle Anti-pc im Diskurs rechter Parteien spielt, und dabei einen Blick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu richten.

2. Anti-pc als populistisches Diskursmanöver

In den folgenden Abschnitten soll gezeigt werden, inwieweit es sich bei dem Anti-pc-Diskurs um einen Diskurs mit populistischen Zügen handelt. Es soll hier nicht um die politischen und kommunikativen Strategien der Parteien in Bezug auf ihre konkreteren politischen Ziele gehen, sondern nur um den rechten Parteien, Bewegungen und Organisationen durchziehenden Anti-pc-Diskurs. Dabei kann gleichzeitig zum einen die Rolle verdeutlicht werden, die Anti-pc für die politische Rechte spielt. Zum anderen kann gezeigt werden, dass diese Rolle für die politische Rechte nicht nur in Deutschland, sondern auch in Großbritannien zum Tragen kommt. Mit Blick auf vorliegende Charakterisierungen von Populismus wird gefragt, ob und inwieweit populistische Elemente in diesem Diskurs zum Tragen kommen und nicht so sehr, ob die entsprechende Partei insgesamt mehr oder weniger populistisch vorgeht. Eine solche Einschätzung vorzunehmen, würde eine breiter angelegte Untersuchung erfordern, die den Blick nicht auf den Anti-pc-Diskurs verengt. Mit Diehl (2018) gehe ich davon aus, dass der Rechtspopulismus „eine besondere Variante des Populismus“ ist, der sich aus der Kombination „populistische[r] Logik mit rechtsextremistischen Ideologien, besser gesagt, Ideologemen“ (Diehl 2018, 94) ergibt. „Die Kombination von Populismus und Rechtsextremismus ist möglich, weil der Populismus ideologisch unterbestimmt ist“ (Diehl 2018, 94; vgl. Priester 2012) und dadurch „dient der Populismus als Brücke zwischen der demokratisch konstituierten Öffentlichkeit und rechtsextremen Positionen“ (Diehl 2018, 95). Auch wenn man die vier untersuchten Parteien insgesamt eher als rechtsextrem und weniger als rechtspopulistisch einstuft, ist dadurch nicht ausgeschlossen, dass sie sich zuweilen populistischer Argumentation und Strategien bedienen. Die im Folgenden analysierten populistischen Elemente des Anti-pc-Diskurses sind mehr oder weniger eng mit rechtsextremen Ideologemen verbunden: Ein Anti-Eliten-Diskurs ist typisch für populistische Diskurse generell, ebenso wie Anti-Intellektualismus und die Betonung des gesunden Menschenverstands, welche sich auch als eine Variante des Anti-Eliten-Diskurses verstehen lassen. ‚Rechts‘ werden diese Elemente dadurch, dass im Diskurs der Rechten behauptet wird, bei der das Volk betrügenden, zu bekämpfenden Elite handele es sich um ‚die Linken‘ bzw. dass eine linksliberale Ideologie mit ‚Verrücktheit‘ einhergehe. Die in 2.2 thematisierte Konstruktion des ‚Heartlands‘ ist enger mit rechtsextremen Ideologemen verbunden, indem mit dieser „die Vorstellung einer ethnisch homogenen Gesellschaft, [deren] Mitglieder einen höheren Wert als Nicht-Zugehörige haben, und somit auch die Negierung der demokratischen Gleichheit, und Ablehnung des Wertepluralismus“ (Diehl 2018, 94) unmittelbar einhergeht.

2.1 Anti-pc-Diskurs als Anti-Eliten-Diskurs

Mudde und Kaltwasser (2012) bemühen sich darum, aus einer heterogenen Forschungslage und zahlreichen, unterschiedlich gelagerten Konzeptionalisierungen von Populismus eine Minimaldefinition zu destillieren. Dabei wird der durch Populismus konstruierte Gegensatz zwischen einem Volk und einer Elite als grundlegendes Kriterium identifiziert. Ihre Minimaldefinition charakterisiert Populismus als

a thin-centred ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‘the pure people’ and ‘the corrupt elite’, and which

argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people.
(Mudde / Kaltwasser 2012, 8)

Im Diskurs rechter Parteien scheint die Rede von pc die Konstruktion eines solchen Gegensatzes zu unterstützen. Pc wird den Rechten zufolge von machtvollen Eliten perpetuiert und diese erscheinen „als überflüssige und gefährliche Verzerrer des Volkswillens und sind dem Vorwurf der Verfälschung und des Verrats ausgesetzt“ (Diehl 2018, 92). Bei den entsprechenden machtvollen Eliten kann es sich um politische Machthaber handeln wie „the politically correct Westminster establishment“ (UKIP hp, 30.7.2018) oder um „die Große Koalition und den Justizminister“, welche angeblich den „für eine Demokratie schlechthin konstituierende[n] offene[n] Diskurs“ bedrohen (AfD hp, 19.5.2017) oder um „career politicians“, welche „restrained by political correctness“ seien (BNP, 5.6.2017).

Es geht den Herrschenden nicht darum, für Demokratie und Meinungsfreiheit zu sorgen, sondern darum, eine politische Konkurrenz auszuschalten, die als einzige politische Kraft den Titel „Opposition“ verdient hat. (NPD hp, 27.2.2014)

Die BNP sieht den gesamten Kulturbetrieb im Vereinigten Königreich von pc betroffen: „The Establishment has done all that it can to silence the voice of the people“ (BNP hp, 20.7.2018); „political correctness is rampant in the publicly-funded BBC“ (BNP hp, 20.1.2018); „political correctness has infected almost every institution of society; schools, media, entertainment, literature, police, political, local authorities, business and even the church“ (BNP hp, 5.10.2017); „now the Liberal-Left has turned its attention to football. Kick political correctness out of football“ (BNP hp 30.4.2017). Diese kulturelle Hegemonie werde nicht zuletzt durch die Bildungseinrichtungen weiter perpetuiert; UKIP zufolge gingen die meisten SchülerInnen und StudentInnen „to schools, colleges and universities where a very much left-wing, politically correct dogma is peddled“ (UKIP fb 20.2.2018) und der AfD zufolge werde „in vielen Schulen von Lehrern nur noch ein einseitiges links-grünes Weltbild verbreitet und geduldet“ (AfD hp 11.10.2018).

Pc wird also als ein hegemoniales Phänomen dargestellt, das in Institutionen mit entweder politischer Macht oder mit Definitionsmacht verankert ist und von diesen weiterverbreitet wird. Diese Hegemonie und deren Symptom pc muss den rechten Parteien zufolge überwunden werden, um politischen Wandel herbeizuführen, Probleme zu lösen oder überhaupt wieder zur ‚wahren‘ Demokratie zurückzufinden. So behauptet UKIP von sich selbst, „[o]nly UKIP can guarantee that political correctness will not get in the way of investigating crimes“ (UKIP fb, 24.9.2014), die NPD sieht die Notwendigkeit einer „radikale[n] politische[n] Wende in unserem Land. Ohne Scheuklappen, ohne Leisetreterei, ohne politische Korrektheit, denn die haben uns dahin gebracht, wo wir jetzt stehen.“ (NPD fb 18.6.2018) Auch die BNP sieht sich „on the frontline fighting the Political Correctness agenda. [...] The BNP in their Ten-Point Plan to Counter Islamist Terror is demanding the Removal of Political Correctness czars.“ (BNP hp, 6.12.2017) Der Ausdruck ‚czars‘ verweist einerseits darauf, dass pc nicht ‚natürlich‘ in die britische Gesellschaft gehört und andererseits auf die mangelnde Verbindung zwischen pc-Eliten und ‚normalen Leuten‘ und mithin die fehlende demokratische Basis für pc. Die AfD sieht sich angesichts von Gegendemonstrationen anlässlich ihres Parteitages dazu veranlasst, an den Bundespräsidenten zu schreiben und sich dabei als die Speerspitze der Wertschätzung des ‚offenen Diskurses‘ darzustellen:

Wir möchten Sie als Bundesvorstand der Alternative für Deutschland, die wie keine andere Partei für den demokratischen Dialog und das Ringen um Lösungen steht, bitten: Rufen Sie öffentlich zur Mäßigung auf. Machen Sie den am Bündnis beteiligten Vereinigungen deutlich, dass Demokratie von Meinungsvielfalt, Meinungsbildung und dem offenen Diskurs lebt. (AfD hp, 11.4.2017)

Die rechten Parteien stellen sich als diejenigen dar, die einen durch pc in Gefahr gebrachten, aber für die Demokratie konstituierenden öffentlichen Diskurs bewahren und vor Einschränkungen der Meinungsfreiheit schützen wollen.

Die NPD wird mit ihrem Auftreten in Karlsruhe auch darauf hinwirken, dass derartige existentielle Zukunftsfragen Deutschlands nicht in einem Klima diskutiert werden müssen, das durch das gesinnungsethische „Setzen von Zeichen“, eine selektive Informationspolitik und durch ständige Hasskampagnen gegen patriotische Andersdenkende geprägt ist, sondern dass alle Deutschen – egal, welcher politischen Richtung sie angehören – ihre Freiheits- und Bürgerrechte in freier Selbstbestimmung in ihrem Land ausüben können. (NPD hp, 8.2.2016)

In dem auf der UKIP Homepage veröffentlichten Programm der Partei nimmt die Gegnerschaft zu pc und der vorgeblich notwendige, verstärkte Schutz der Meinungsfreiheit eine prominente Stellung ein. Schon in der Einleitung bekräftigt UKIP: „We are determined to protect our freedom of speech and the right to speak our minds without fear of the politically correct thought-police knocking on our doors.“ (UKIP Interim Manifesto 2018). Dem Thema „Free Speech and Political Correctness“ ist ein ganzer Abschnitt im Programm gewidmet, in dem behauptet wird, dass Rede- und Meinungsfreiheit

have been eroded over recent decades by the [...] doctrine of Cultural Marxism, which seeks to close down discussion and alternative views, so that only one extreme left-wing politically correct viewpoint is allowed. (UKIP Interim Manifesto 2018)

Die AfD behauptet weiterhin, dass es ihr Verdienst sei, „zur Belebung des politischen Diskurses beigetragen“ zu haben (AfD hp, 2.5.2017). „Nach einer langen Zeit der Gängelung der öffentlichen Meinung durch die ‚political correctness‘ wollen wir jetzt einfach wieder offen reden.“ (AfD fb, 28.3.2013). Die NPD bekräftigt, sie spreche

Probleme nicht an, weil wir bösaartig sind, sondern weil wir den Mut dazu haben. Politische Korrektheit hat bis jetzt keine Probleme gelöst. Es wird Zeit, dass in diesem Land endlich wieder Klartext gesprochen wird. (NPD fb, 8.10.2014)

2.2. Die Konstruktion des Heartland im Anti-pc-Diskurs

Das Konzept des Heartland „propagiert ein bedrohtes Stammland, das zugleich als Ursprungs- und Sehnsuchtsort fungiert“ (Hildebrand 2017, 131). Es hat insofern mit Populismus zu tun, als dass

[e]ine Heartland-Gemeinschaft keinerlei intermediärer Institutionen oder intersubjektiver Prozesse [bedarf], um einen gemeinsamen politischen Willen zu bilden. Ihre Identität wurzelt in einer gemeinsamen Lebens- und Erfahrungswelt. (Hildebrand 2017, 132)

Dies geht mit einer „Entpolitisierung und Antipolitisierung im Innen“ (Hildebrand 2017, 133) einher. Wodak (2018) nennt Nationalismus, Nativismus und Anti-Pluralismus als charakteristisch für den Rechtspopulismus und erwähnt in diesem Zusammenhang auch den Bezug auf ein Kernland, „das vor scheinbar gefährlichen Eindringlingen geschützt werden muss.“ (Wodak 2018, 237) In rechtspopulistischen Diskursen werden durch den Rekurs auf ethnokulturelle Heartlands Abgrenzungen sowohl gegenüber gesellschaftlichen Eliten als auch sozial marginalisierten Gruppen vorgenommen, womit eine Politisierung nach Außen vollzogen wird.

Das heartland steht als [...] mentaler Topos für den common sense gegen die Wissenseliten, als kultureller Topos für die unhinterfragbare, aber von innen und außen bedrohte lebensweltliche Tradition und als politischer Topos für den Freiheitsbegriff des Frühliberalismus im Gegensatz

zur ökonomischen, sozialen und kulturellen ‚Bevormundung‘ des Volkes durch Agenten des sozialen Wandels. (Priester 2011, 196)

Eindrücklich wird dieses Heartland in einem Bild dargestellt, das die BNP auf Facebook eingestellt hat, mit der Aufforderung, es schnell zu teilen, „before the Political Correctness Thought Police take it down!“ (BNP fb, 5.8.2017)

Abb.1: Repräsentation eines kulturellen Heartlands

Das Bild konstruiert ein bedrohtes Heartland: Nicht nur wird suggeriert, dass innerethnische Beziehungen, anhaltende Ehen, Babys mit weißer Hautfarbe, nicht-vegetarische Ernährung und eindeutige geschlechtliche Identitäten selten geworden oder vom Aussterben bedroht seien (dadurch, dass der visuelle Stil des Bildes etwa auf die 1950er Jahre hindeutet), sondern mit der Überschrift wird auch suggeriert, dass diese ‚Lebens-‘ und Erfahrungswelten‘ des Heartlands tabuisiert werden und Repräsentationen derselben als unerwünscht gelten.

Zwei Facebook-Beiträge der BNP rufen zum Boykott der britischen Schokoladenmarke Cadbury auf, weil deren Schokoladenostereier als ‚gesture eggs‘ beworben würden und als halal zertifiziert ausgewiesen seien (BNP fb, 28.1.2018, 31.3.2018). Dies wird als Angriff auf die kulturelle Identität des Heartlands verstanden. „The totalitarian proponents of Political Correctness have long been waging a war against our cultural holidays such as Christmas and St George’s Day; now they have their sights on Easter.“ (BNP hp, 6.4. 2017) Die BNP ist auch davon aufgebracht, dass weiße Männer in der Werbung unterrepräsentiert seien (BNP fb, 3.1.2018), dass stattdessen interethnische Beziehungen zwischen weißen Frauen und schwarzen Männern in der Werbung eine zu große Rolle spielen (BNP fb, 3.1.2018, 27.9.2018) und dass angeblich eine Schule überlege, als Schuluniform nur noch Hosen zuzulassen; „It’s to cater for the school kids who might be transgender!“ (BNP fb, 7.9.2017) Das Heartland wird als ethnisch homogen gedacht, vor allem und erst recht, wenn es um die Vergangenheit geht, die auch durch pc verfälscht werde: „Political correctness dictates that every movie now must not have an all-white cast even if the film is set in 1940s Britain, Victorian Britain, or Roman Britain“ (BNP fb, 27.1.2018). Auch wird in einigen BNP-Facebook-Posts suggeriert, es sei inadäquat, wenn der Londoner Labour-Bürgermeister ein Muslim und der Kandidat der Conservatives ein schwarzer Mann ist und der Londoner Polizei eine lesbische Frau vorsteht (BNP fb, 8.4.2018, 29.9.2018). Machtpositionen von Angehörigen von Minderheiten werden als Teil einer Bewegung von Linken verstanden, als deren Motor pc gesehen wird, welche die abendländisch-westeuropäische Kultur abschaffen wolle und auf diese Weise den Bestand des Heartlands bedrohe, indem mit der Kultur dessen Identität erodiert werde.

The people of the West have been lulled to sleep by political correctness and the incessant propaganda of Marxism. [...] It’s time to no longer tolerate PC fascism [...]. Liberals love culture, just not the culture of their own kind of people. Liberals are the Traitors of Western Civilisation. (BNP hp 10.3.2017)

UKIP und die AfD sehen das Heartland auch bedroht durch die angeblich übertriebene Berücksichtigung der Belange von Minderheiten auf Kosten der nativistisch konstruierten Mehrheit. Dies betrifft insbesondere den Bereich der inneren Sicherheit. UKIP stellt ‚our country‘ als von ‚dark forces‘ bedroht dar, wobei pc als ein Hindernis bei der Abwehr dieser Bedrohung erscheint.

The elephant in the room is the growth of literalist and fundamentalist Islam in our country which has led to our public buildings being under a state of permanent siege. [...] We must drop political correctness and confront these issues openly. If we don't then we will simply be allowing these dark forces to take control of our country. (UKIP hp 5.8.2018)

In gleicher Weise führen der AfD zufolge Maßgaben der Polizei, „allerlei gesellschaftlichen Minderheiten gerecht zu werden“ dazu, dass diese „die ernstesten Probleme und die Mehrheit der Bevölkerung vernachlässigt in dem Bestreben, politisch korrekt zu sein“ (AfD hp 6.1.2017). Auch in diesem Beitrag geht es um von Einwanderern begangene Straftaten. Angeblich unter besonderen Schutz gestellte Minderheiten werden als Bedrohung für die aufgrund von pc dieser Kriminalität angeblich schutzlos ausgelieferte Mehrheit konstruiert. Der BNP zufolge habe eine ähnliche Sachlage sogar dazu geführt, dass „owing to the politicisation of police chiefs and Politically Correct policing, police in Britain are now a serious danger to the safety and well-being of the British public.“ (BNP hp, 9.9.2018)

2.3. Pathologisierung von pc

Die vielfältigen Hinweise darauf, dass PC nicht normal, sondern ‚abgedreht‘ oder ‚krankhaft‘ sei, lassen sich m. E. auch als populistische Strategie verstehen. Pc wird demnach als dem ‚gesunden Menschenverstand‘ widersprechend dargestellt. Pc ignoriere nicht nur aus politisch-ideologischen Gründen – intentional – die Alltagserfahrungen von Menschen und verzerre soziale Realität, sie sei auch – nicht intentional – Symptom geistig-mentaler Schwäche oder Störung. Wodak (2015) sieht Anti-Intellektualismus als ein Charakteristikum rechtspopulistischer Parteien, eine „arrogance of ignorance“, die sich in der Abwertung von Experten und Expertise äußere, in „appeals to common-sense“, mit welchem ein „return to pre-modernist or pre-Enlightenment thinking“ (Wodak 2015, 2) angestrebt werde. Das Verrückterklären von pc ist Ausdruck der Ablehnung sozialkonstruktivistischen Denkens zugunsten essentialistischer Konzeptionalisierungen von vor allem nationaler und geschlechtlicher Identität und mithin Teil des Anti-Intellektualismus, der rechtspopulistische Parteien und Bewegungen kennzeichnet. ‚Political correctness gone mad‘ ist ein etablierter Topos im britischen Anti-pc-Diskurs (Peterson / Fry / Dyson / Goldberg 2018) und dementsprechend findet sich „Political correctness is madness“ als wiederkehrende einordnende Überschrift zu elf unterschiedlichen Beiträgen auf der Homepage der BNP. Ein Beitrag will unter der Überschrift „The Far Left is suffering from A Mental Disorder“ (hp, 14.8.2017) die Linke psychoanalytisch ‚erklären‘. Ebenso wird ein Vorschlag, geschlechtsneutrale Pässe einzuführen, von einer Person, die sich als ‚gender fluid‘ definiert, mit der Frage kommentiert: „Do you think she/he needs psychiatric help?“ (BNP fb, 11.10.2017) Pc wird den „terminally liberal“, also den unheilbar Liberalen, zugeschrieben (BNP hp, 22.7.2018). Das Adjektiv pathological wird direkt verwendet: „in their ceaseless obsession of forcing nature to comply with their pathological ‘utopian’ world view“ (BNP hp 14.10.2017); „the political Lefts’ pathological propensity to lie brought about its notorious double-speak – a policy of describing everything it does in opposite terms“ (BNP hp, 10.03.2018). Die Weltsicht der Linken sei demgemäß krankhaft (pathological, obsession), unnatürlich (forcing nature to comply), unrealistisch (utopian) und widersinnig (everything in opposite terms). Auch im folgenden Beispiel wird pathologisiert (infected, poisonous, death grip): „‘Social Justice’ of the political Left has infected police forces across the country after the entire political class capitulated to the poisonous ideology of Political Correctness and its death grip.“ (BNP hp 22.3.2018)

Weiterhin wird von der BNP behauptet, es gäbe eine verbreitete, irrational große Angst, als politisch inkorrekt oder als rassistisch oder islamophob sozial sanktioniert zu werden. Dabei werden Zusammenhänge zwischen innerer Sicherheit und Kriminalität von Angehörigen der muslimischen Minderheit hergestellt, die angeblich nicht geahndet werde, denn „[t]hey were all frightened of being

called ‚racist‘ or ‚Islamophobic‘ (BNP hp, 10.7.2017) oder „tied up with red tape and scared of being called ‚racist‘ by their fellow Politically Correct peers, institutions and the MSM (mainstream media)“ (BNP hp, 5.6.2017). Dies gipfelt in der Frage: „How low have we sunk as a nation, when fear of appearing intolerant is enough to literally allow the sacrifice of our children for the sake of multiculturalism and political correctness?“ (BNP hp, 2.5.2017) Es sind also nicht nur pc und deren angebliche aktive Verfechter selbst, die irrational agieren, sondern sie verbreiteten Furcht und führten auch bei nur passiv Involvierten zu irrationalen und selbstschädigenden („sacrifice our children“) Handlungsweisen.

In einem der wenigen sprachgebrauchsbezogenen Beiträge sind es laut AfD „Gender-Gagaisten“, die mit „absurden sprachpolitischen Vorschlägen unsere deutsche Sprache vergewaltigen“ (AfD hp, 8.6.2018). Geschlecht als soziale Konstruktion zu denken, wird von der AfD als abgedreht („gaga“) dargestellt und Bemühungen um eine geschlechtergerechte Sprache als widersinnig („absurd“). Auch wird bei der AfD pc als ‚falsch‘, etwas nicht richtig Verstandenes oder Erkanntes dargestellt, als „falsch verstandene Rücksicht und vermeintliche politische Korrektheit“ (AfD hp 12.2.2016), als „falsche[s] Gutmenschentum, schädliche politische Korrektheit oder ideologische Verblendung“ (AfD hp 6.1.2017). Im folgenden Beispiel macht die angebliche Maßlosigkeit und Verrücktheit von pc die verkehrte Welt des Karnevals noch verkehrter:

Offenbar gibt es keine dringlicheren Aufgaben für Polizei und Staatsschutz mehr, als jetzt Faschingsumzugswagen auf politische Korrektheit hin zu überprüfen und Verstöße gegen sie zu ahnden. Der Alltag in [sic!] Land der moralinsauren Bürger aus Empöringen ist mittlerweile deutlich närrischer, als es die fünfte Jahreszeit je sein könnte. (AfD fb 13.2.2018)

Bei UKIP wird pc als „cult“ beschrieben (UKIP fb, 10.10.2018), also als Ausübung eines fanatischen Glaubens, welcher der westlichen Zivilisation als lebensfremd gilt, und als „nonsense“ (UKIP fb, 13.9.2012). An anderer Stelle ist von einer „diseased and politically-correct sociology“ (UKIP hp, 14.9.2018) die Rede. Die normalen Leute („most people“) werden in einen Gegensatz zu den Leitmedien gebracht, welche schwer nachvollziehbare Behauptungen aufstellten („as far as one can gather“):

The new narrative being pushed by the mainstream media is that under my leadership UKIP is being taken to the ‚far-right‘ or the ‚hard-right‘. What these terms actually mean is not explained. As far as one can gather this is anyone who is not in line with the accepted politically-correct culturally-Marxist consensus. That is hardly what most people would understand by ‚far-right‘. (UKIP hp, 7.8.2018)

Bei der NPD findet sich ein langer Beitrag darüber, wie die Flüchtlingskrise „euphorisiert wirkende Gutmenschen“ an den Rand der Erschöpfung treiben werde, was als Möglichkeit begriffen wird, die Situation auszunutzen, sobald Ernüchterung eintreten werde, und infolge dessen könnten „bisherige Diskurshegemonien gebrochen“ werden und sich „das politische Koordinatensystem nachhaltig nach rechts verschieben“ (NPD hp, 9.10.2018). In diesem Beitrag wird die Situation in Deutschland als vollkommen irrational dargestellt. Zeichen von ‚Willkommenskultur‘ werden als „Narreteien“ bezeichnet, Helfende als „Flüchtlingsromantiker“, die „in diesen irren Zeiten als die Bürgerelite der ‚Zivilgesellschaft‘“ gälten, „unterstützt von einer völlig realitätsblinden Flüchtlingsmutter Merkel“, welche allesamt einer „Multikulti-Verblendung“ unterlägen und Deutschland zu einem „Multikulti-Irrenhaus“ machten. An anderer Stelle ist von einer „politisch korrekte[n] Verordnung zum Autismus“ die Rede; auch hier wird pc in die Nähe psychischer Krankheitsbilder gerückt. (NPD hp, 9.10.2018)

3. Vergleich und Fazit

Zunächst einmal ist auf der Grundlage der vorhergehenden Analyse festzuhalten, dass pc bei allen vier Parteien als prominente Feindbild-Konstruktion in der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern und als Ausdruck von Opposition fungiert. Dabei wird pc zum einen als links oder linksradikal charakterisiert, als Obsession „linksradikaler Ideologen“ (AfD 8.6.2018) und als „left wing ideology“ (BNP 30.7.2017), um pc als das politisch Andere, Extremistische und Bekämpfungswerte zu konstruieren. Andererseits wird, wie oben dargelegt, pc als fest im politischen und medialen Mainstream verankert behauptet, um das Phänomen als etwas Mächtiges und für die rechten Parteien, deren AnhängerInnen, aber auch die Demokratie als solche Bedrohliches darzustellen, gegen das sie sich zur Wehr setzen müssen. Pc sei hegemonial und die deutsche und britische Öffentlichkeit seien undemokratisch konstituiert, indem Mehrheiten aufgrund von pc an der freien Meinungsäußerung und somit an der demokratischen Mitgestaltung gehindert würden und indem Institutionen darauf hinarbeiteten, Minderheiten zu überrepräsentieren und zu bevorzugen, obwohl die Demokratie selbst auf Mehrheiten beruht. Pc sei außerdem irrational oder gar krankhaft. Damit wird denjenigen, die angeblich pc perpetuieren und damit den Diskurs beherrschen, Diskursfähigkeit abgesprochen.

Diese Aspekte finden sich bei allen vier Parteien und deuten auf Gemeinsamkeiten dabei hin, wie pc als Feindbild diskursstrategisch von den Rechten in Stellung gebracht wird. Es finden sich allerdings einzelne Aspekte unterschiedlich stark akzentuiert. Vor allem die BNP führt einen Kulturkampf um den Bestand des kulturellen Heartlands und greift häufig aus ihrer Sicht Missrepräsentationen von Mehrheit versus Minderheit auf – zahlreiche Beispiele aus Medien und Produktwerbung werden angeführt, um auf solche angeblichen Missverhältnisse aufmerksam zu machen. Der Vorwurf läuft darauf hinaus, dass durch pc soziale Realität verzerrt dargestellt werde in übertriebenen Versuchen, Minderheiten gerecht zu werden. Diese Minderheiten sollten ohnehin dem Heartland nicht zugehören und der Versuch, ihnen gerecht zu werden, führe zur Unterdrückung oder zum Backgrounding zahlenmäßiger Mehrheiten, die (aus nativistischer Sicht) privilegiert werden müssen. Wiederum geht es bei allen Parteien um Kriminalität (Bedrohung durch Minderheiten) und unzureichende Sicherheit (der Angehörigen des nativistisch gedachten Heartland).

Der Anti-pc-Diskurs der deutschen Parteien konzentriert sich in weit größerem Ausmaß als bei den britischen Parteien um politisch-demokratische Partizipation, um das Beklagen des angeblichen Nicht-Mitreden-Dürfens unter Berufung auf Meinungs- und Redefreiheit als konstitutiv für die Demokratie², wie die folgenden zwei Beispiele nochmals illustrieren:

[...] weltanschauliche Sondergesetze, Denunziantentum und Untertanenmentalität: Alle diese Symptome legen das Kernproblem der bundesdeutschen Herrschaftsordnung bloß, nämlich die ständige Verkürzung demokratischer Rechte und Freiheiten sowie die Einschränkung des politisch-weltanschaulichen Pluralismus unter der lautstarken Berufung auf demokratische Werte. [...] Die ständige politische Auseinandersetzung, die für die freiheitlich-demokratische Staatsordnung konstituierend ist, darf nicht durch die Ausschaltung des freien Wettbewerbs der politischen Ideen [durch ein Verbot der NPD, MS] aufgehoben werden. (NPD hp, 2.12.2013)

Es gibt keine freie demokratische Debatte mehr in Deutschland. Das beweist die gestrige Plenarsitzung des Bundestages [...]. Besonders Frau Göring-Eckhardt hat sich mit ihrer Rede als Vertreterin von Unfreiheit und moralisierender Bevormundung geoutet. Sie ist vor allen Dingen

² Sucht man etwa auf den insgesamt 101 Beiträgen auf den Homepages der AfD und NPD nach *demokrat*, finden sich mit Derivaten (z.B. *undemokratisch*) und Komposita (z.B. *demokratiefeindlich*) insgesamt 186 Ergebnisse; unter den 77 Beiträgen von UKIP und BNP bei der Suche nach *democra* nur 13 (democracy, democratic, undemocratic). Ähnlich verhält es sich mit den Ergebnissen zu *Meinung* (inklusive Komposita) und *opinion*: Bei den deutschen Parteien gibt es insgesamt 135 Ergebnisse, bei den britischen 12.

keine Vertreterin von freier, demokratischer Debatte, sondern steht für einen Mainstream-Diskurs voller Tabus und Verbote. (AfD hp 6.9.2017)

Außerdem finden sich bei den deutschen Parteien – dementsprechend – auch mehr Bezüge darauf, dass pc geltendes Recht, das rechtsstaatliche Prinzip und das Grundgesetz unterwandere. Laut der NPD „sind die Grundrechte bedroht. Insbesondere die Meinungs-, Presse und Versammlungsfreiheit werden massiv eingeschränkt“ (NPD hp, 2.12.2014). Das Grundgesetz müsse „vor dem Gesinnungsstaat geschützt werden“ (NPD hp, 17.7.2017). Der AfD zufolge werde das im Grundgesetz verankerte Petitionsrecht „der ‚politischen Korrektheit‘ untergeordnet“ (AfD hp, 25.10.2018) und „[e]in Staat, der sich noch demokratisch nennen will, muss die Meinungsfreiheit als höchstes Gut betrachten. Wir werden nicht tatenlos dabei zusehen, wie diese Regierung den Rechtsstaat zu Grabe trägt.“ (AfD hp, 30.6.2017)

Das Gewicht, das in Deutschland auf diese Aspekte gelegt wird, lässt sich m. E. aus der deutschen Nachkriegsgeschichte erklären (vgl. dazu auch Schröter 2019a). Es galt als essentiell für eine funktionierende Demokratie in Deutschland, dass die Deutschen nach dem Ende des Nationalsozialismus die (Teilhabe an) demokratischer Debatte lernen und leben (Kilian 1997, Verheyen 2010). Daraus ergibt sich die Relevanz des öffentlichen Diskurses und, mit Habermas, das Ideal der ungehinderten Teilhabe am öffentlichen Diskurs sowie dessen Konstituierung als notwendig rationalen Austausch (Habermas 2011). All dies wird, wie oben gezeigt, mit der Behauptung allgegenwärtiger pc in Abrede gestellt. Weil vor allem linke/linksliberale politisch-intellektuelle Akteure die Wertschätzung von Diskussion und Debatte etabliert haben, bringt der Vorwurf in diese Richtung, mit pc die Debatte einzuschränken einerseits das legitimatorische Potenzial der Verfechtung der Meinungs- und Redefreiheit ein. Andererseits handelt es sich gleichzeitig um eine Art Bumerang-Vorwurf an die Linke, die Diskurs vorgeblich wertschätze, aber in Wahrheit negiere (Schröter 2019b).

Weiterhin ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass es im Anti-pc-Diskurs nur selten um konkreten Sprachgebrauch oder um die Wahl bestimmter Ausdrücke, etwa bei dem Bezug auf gesellschaftliche Minderheiten, geht.³ Es geht um die Beschaffenheit des öffentlichen Diskurses schlechthin und um Fragen demokratischer Partizipation und demokratischer sowie kultureller Repräsentation. Es geht kaum je darum, wie bestimmte Gruppen sprachlich repräsentiert werden (sollten), sondern darum wer überhaupt unter angeblichen c-Bedingungen repräsentiert bzw. unter- oder überrepräsentiert und somit privilegiert oder benachteiligt werde. Der Nutzen als Diskursmanöver ergibt sich darüber hinaus aus der Behauptung, unterdrückt zu werden und aus der Möglichkeit, damit vom Inhalt des Gesagten auf die Metaebene der Verhandlung von ‚sagen oder nicht sagen‘ auszuweichen. Auf diese Art kann die Akzeptabilitätsschwelle gesenkt und können rechte und rechtsextreme Ideologeme ‚normalisiert‘ werden, insofern durch Verbreitung und Wiederholung ein Gewöhnungseffekt eintreten kann. Aus den bisher genannten Punkten sowie aus der in diesem Beitrag aufgezeigten Anschlussfähigkeit an populistische Diskurse erklärt sich m. E. die anhaltende Virulenz von Anti-pc in Diskursen rechter politischer Akteure.

4. Literatur

³ Nur jeweils zwei Beiträge von AfD und BNP beziehen sich auf konkreten Sprachgebrauch. In einem Beitrag geht es – klar ablehnend – um geschlechtergerechte Sprache (AfD hp, 8.6.2018), in einem weiteren wird das ‚Verbot‘ des Ausdrucks *Zigeunerschnitzel* erwähnt, ohne dass es in dem Beitrag insgesamt um Fragen der Wortwahl geht (AfD fb, 21.10.2016). Die BNP veröffentlicht eine angeblich ‚politisch korrekte‘ Wortliste (BNP hp, 12.8.2017) und fordert – im übrigen sprachlenkend – die Gleichsetzung von *Islamic* und *Islamist* (BNP hp 31.7.2017).

4.1. Quellen

Alternative für Deutschland Homepage: <https://www.afd.de/> (25.3.2019)

Alternative für Deutschland Facebook: <https://www.facebook.com/alternativefuerde/> (25.3.2019)

British National Party Homepage: <https://bnp.org.uk/> (25.3.2019)

British National Party Facebook: <https://www.facebook.com/OfficialBritishNationalParty/> (25.3.2019)

Nationaldemokratische Partei Deutschlands Homepage: <https://npd.de/> (25.3.2019)

Nationaldemokratische Partei Deutschlands Facebook: <https://www.facebook.com/npd.de/> (25.3.2019)

United Kingdom Independence Party (2018): Interim Manifesto. Policies for the People. September 2018. https://www.ukip.org/pdf/UKIP_Manifesto_Sept_2018.pdf (21.01.2019)

United Kingdom Independence Party Homepage: <https://www.ukip.org/> (25.3.2019)

United Kingdom Independence Party Facebook: <https://www.facebook.com/UKIP/> (25.03.2019)

4.2. Forschungsliteratur

Diederichsen, Diedrich (1996): Politische Korrekturen. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Diehl, Paula (2018): Rechtspopulismus und Massenmedien. Eine explosive Mischung. In: Schellhöf, Jennifer / Reicherts, Jo / Heins, Volker M. / Flender, Armin (Hg.): Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror. Bielefeld: transcript, S. 87–96.

Dietzsch, Martin / Maegerle, Anton (1996): Kampfbegriff aller Rechten: „Political Correctness“. Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung. <http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Kampfbegriff.htm> (23.01.2019)

Elsner-Petri, Sabine (2015): Political Correctness im Duden-Universalwörterbuch. Eine diskurslinguistische Analyse. Greifswalder Beiträge zur Linguistik, Bd. 9. Bremen: Hempen.

Erdl, Marc Fabian (2004): Die Legende von der politischen Korrektheit. Zur Erfolgsgeschichte eines importierten Mythos. Bielefeld: transcript.

Frank, Karsta (1996): Political Correctness. Ein Stigmawort. In: Diekmannshenke, Hajo / Klein, Josef (Hg.): Wörter in der Politik. Analysen zur Lexemverwendung in der politischen Kommunikation. Opladen, S. 185–218.

Germann, Sibylle (2007): Vom Greis zum Senior. Bezeichnungs- und Bedeutungswandel vor dem Hintergrund der "Political Correctness". Hildesheim, Zürich, New York: Olms.

Habermas, Jürgen (2011): Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bände, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hildebrand, Marius (2017): Rechtspopulismus und Hegemonie: Der Aufstieg der SVP und die diskursive Transformation der politischen Schweiz. Bielefeld: transcript.

Hoffmann, Arne (1996): Political Correctness. Zwischen Sprachzensur und Minderheitenschutz. Marburg: Tectum.

Hölscher, Lucian (2008) (Hg.): Political Correctness: Der sprachpolitische Streit um die nationalsozialistischen Verbrechen. Göttingen: Wallstein.

Johnson, Sally / Suhr, Stephanie (2003): From 'Political Correctness' to 'Politische Korrektheit': Discourses of 'PC' in the German Newspaper, Die Welt. In: Discourse & Society 14, S. 49–68.

Kapitzky, Jens (2000): Sprachkritik und Political Correctness in der Bundesrepublik Deutschland. Aachen: Shaker.

Kilian, Jörg (1997): Demokratische Sprache zwischen Tradition und Neuanfang. Am Beispiel des Grundrechte-Diskurses 1948/49. Berlin, Boston: de Gruyter.

- Kilian, Jörg (2007): Pippi Langstrumpf als Negerprinzessin: Tabuwörter, Euphemismen und kritische Semantik im Deutschunterricht, in: *Deutschunterricht* 60 (2), S. 15–19.
- Mayer, Caroline (2002): *Öffentlicher Sprachgebrauch und Political Correctness. Eine Analyse sprachreflexiver Argumente im politischen Wortstreit*. Hamburg: Kovac.
- Mudde, Cas / Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2012): *Populism and (liberal) democracy: A framework for analysis*. In: Mudde / Cas, Kaltwasser, Cristóbal Rovira (Hg.) *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?* Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–26.
- Peterson, Jordan B. / Fry, Stephen / Dyson, Michael Eric / Goldberg, Michelle (2018): *Political Correctness Gone Mad?* London: One World.
- Priester, Karin (2011): Definitionen und Typologien des Populismus. In: *Soziale Welt* 62, S. 185–198.
- Priester, Karin (2012): *Rechter und linker Populismus: Annäherungen an ein Phänomen*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Schröter, Melani (2019a): *The Language Ideology of Silence and Silencing in Public Discourse. Claims to Silencing as Metadiscursive Moves in German Anti-Political Correctness Discourse*. In: Murray, Amy Jo / Durrheim, Kevin (Hg.): *Qualitative Studies of Silence. The Unsaid as Social Action*. Cambridge: Cambridge University Press. (i. Dr.)
- Schröter, Melani (2019b): *Die schweigende Mehrheit. Anti-pc-Diskurs und (De-) Legitimationsstrategien der Neuen Rechten*. In: *aptum. Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur* 1 (i. Dr.)
- Stefanowitsch, Anatol (2018): *Eine Frage der Moral. Warum wir politisch korrekte Sprache brauchen*. Berlin: Duden.
- Verheyen, Nina (2010): *Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des ‚besseren Arguments‘ in Deutschland*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Wengeler, Martin (2002): *>>1968<<, öffentliche Sprachsensibilität und political correctness. Sprachgeschichtliche und sprachkritische Anmerkungen*. In: *Muttersprache* 1, S. 1–14.
- Wierlemann, Sabine (2002): *Political Correctness in den USA und in Deutschland*. Berlin: Erich Schmidt.
- Wodak, Ruth (2015): *The Politics of Fear. What Right-Wing Populist Discourses Mean*. Los Angeles, London, New Delhi, Singapore, Washington DC: Sage.
- Wodak, Ruth (2018): *Vom Rand in die Mitte – „Schamlose Normalisierung“*. In: *Politische Vierteljahresschrift* 59 (2), S. 323–335.